



Liebe Leserinnen und Leser

Am 27. September 2020 werden die Schweizer Stimmberechtigten über eine kantonale und fünf nationale Vorlagen abstimmen. Aus meiner Sicht ist die Begrenzungsinitiative das wichtigste Anliegen. Wir müssen die Zuwanderung selbstständig steuern, damit unser Wohlstand und unsere Freiheit erhalten bleiben. Wohlstand und Freiheit bekommt man leider nicht gratis, sondern man muss für sie kämpfen und sie gedeihen nur, wenn wir unsere Sicherheit gewährleisten können.

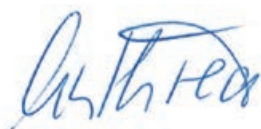


chen, zu schützen und zu kontrollieren. Zudem stärken sie die Bodentruppen. Trotz oder gerade wegen den Entwicklungen im Cyberbereich braucht es auch in Zukunft Kampfflugzeuge, um die Sicherheit unseres Landes zu wahren und unsere Unabhängigkeit zu stärken.

Die Abstimmung soll aber auch unsere Industrie festigen und ihren Zugang zu Spitzentechnologien sichern. Darum muss der Flugzeughersteller, der den Zuschlag erhält, Aufträge für mindestens 60 Prozent des Kaufpreises an Unternehmen in der Schweiz vergeben und sie auf alle Sprachregionen verteilen.

Die Sicherheit steht im Fokus beim Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Menschen in der Schweiz sollen weiterhin vor Bedrohungen aus der Luft und am Boden geschützt werden. Dazu braucht es neue Kampfflugzeuge, da die jetzigen Jets in die Jahre gekommen sind und nicht mehr die notwendigen Leistungen erbringen können. Die neuen Flugzeuge sind nötig für die langfristige Sicherheit unseres Landes und stärken unsere Neutralität. Die Schweiz nutzt ihre Kampfflugzeuge, um ihren Luftraum zu überwa-

Sicherheit, Wohlstand, Freiheit – alles geht Hand in Hand. Sagen Sie deshalb «Ja zur Begrenzungsinitiative» und Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge!



Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im August >>

- 17 | Podium zur Begrenzungsinitiative in Willisau
- 22 | Eidg. Delegiertenversammlung
- 29 | Kant. Generalversammlung und Kant. Delegiertenversammlung

Wichtiges im September >>

- 04 | Sempachertag

Neues Abstimmungsdatum: 27. September 2020

Begrenzungs- Initiative

JAJA+

zur
massvollen
Zuwanderung

www.begrenzungsinitiative.ch



JA zur Begrenzungsinitiative

Am 27. September 2020 werden die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie eine eigenständige und massvolle Kontrolle der Zuwanderung wollen oder weiterhin ein ungebremstes Wachstum der Schweiz.

Das Erfolgsmodell Schweiz ist kein Selbstläufer. Noch vor gut 100 Jahren war die Schweiz ein armes Land. Dank unermüdlichem Fleiss, grosser Eigenverantwortung und einer liberalen Gesellschaftsordnung haben wir es zu dem gebracht, was wir heute sind. Unsere Vorfahren haben hart dafür gearbeitet, dass es uns jetzt so gut geht. Unsere Freiheit und unser Wohlstand stehen leider schon länger auf dem Spiel.

Stress nimmt zu

Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migrantinnen verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezügler Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche. Dies gilt es zu ändern!

Unsere Arbeitsplätze schützen

Aktuell sind in der Schweiz bereits mehr als 220'000 Menschen erwerbslos, über 1 Million sind in Kurzarbeit und rund 2 Millionen Arbeitnehmende sind für Kurzarbeit angemeldet. Wirtschaftsex-

perten prognostizieren schon bald eine grosse Entlassungswelle und eine Arbeitslosigkeit von über 4 Prozent. Deshalb gilt es jetzt unverzüglich Schweizer Arbeitsplätze zu schützen. Und was machen der Bundesrat und das Parlament? Ungebremst fluten sie unser Land mit Zuwanderern. Zur Veranschaulichung: Eine Million Zuwanderer sind in den letzten 13 Jahren in die Schweiz eingewandert. Geht es so weiter stehen wir vor einer 10-Millionen Schweiz. Das Bundesamt für Statistik hält fest: Im Jahr 2018 hatten 2'686'000 Personen bzw. knapp 38% der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren einen Migrationshintergrund. Etwas mehr als ein Drittel dieser Bevölkerungsgruppe (974'000 Personen) besass die Schweizer Staatsangehörigkeit. Vier Fünftel der Personen mit Migrationshintergrund (2'165'000 Personen) gehören zur ersten Generation (d.h. sie sind selbst Migrantinnen und Migranten), während ein Fünftel (521'000 Personen) in der Schweiz geboren wurde.

Familien ziehen nach

2019 wanderten brutto 140'544 Personen in die Schweiz ein. Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Bern, die unter den fünf grössten Städten unseres Landes ist. Von diesen eingewanderten Personen nahm nur rund die Hälfte eine Erwerbstätigkeit auf. Der Rest kam ohne Arbeitsvertrag oder über das Asylsystem in die Schweiz. Dabei macht der Familiennachzug mit 40'197 Personen den Hauptteil aus. Für die Schweizer Steuerzahler bedeutet dies oft zusätzliche Sozialkosten und teure Integrationsmassnahmen, aber führt auch zu einer höheren Arbeitslosigkeit und Dichtestress. Obwohl dauernd von Fachkräftemangel die Rede ist, kommt die Hälfte der Zuwanderer nicht wegen der Arbeit in die Schweiz. Sie zahlen keine Steuern und keine Beiträge in die Sozialversicherungen. Lasst uns das gemeinsam ändern!

Nachgefragt bei



Thomas Aeschi
Nationalrat (ZG)

Weshalb sollte die Schweiz «JA zur Begrenzungsinitiative» (BGI) sagen?

Die Schweiz hat mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU ab 2007 die Steuerungsmöglichkeiten der Einwanderung aus der Hand gegeben. Seit-her bestimmen nicht mehr wir selbst, wer in die Schweiz kommen darf, denn alle EU-Ausländer haben heute grundsätzlich das Recht, samt Familie und völlig unabhängig von Ausbildung oder Qualifikationen in die Schweiz einzuwandern.

Die Schweiz ist wegen ihres hohen Lohnniveaus, den ausgebauten Sozialleistungen und der herausragenden Lebensqualität ein Magnet für viele Zuwanderer. Jedes Jahr ziehen deshalb viel mehr Ausländer in die Schweiz, als die Schweiz verlassen. Diese Masse an Ausländern in so kurzer Zeit stellt eine enorme Belastung für unsere Heimat, Infrastruktur, Sozialwerke, Umwelt und Integrationsfähigkeit dar. Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 verlangte das Schweizer Volk, dass dieser Rechtsanspruch auf Zuwanderung beseitigt wird. Die Schweiz soll wieder selbst entscheiden können, welche und wie viele Arbeitskräfte sie aufnehmen will.

Am 27. September 2020 werden die Schweizer Stimmberechtigten über fünf Vorlagen abstimmen. Die SVP Schweiz legt ihren Fokus auf Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)». Wir haben alle Vorlagen für Sie kurz zusammengefasst.

Die fünf Abstimmungsvorlagen im Überblick:

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Die Schweiz und die Europäische Union (EU) haben ein Paket von sieben bilateralen Abkommen ausgehandelt. Eines dieser Abkommen ist das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA). Es erlaubt, EU-Bürgerinnen und -Bürger unter bestimmten Bedingungen, in der Schweiz zu leben, zu arbeiten und zu studieren. Die SVP will die Personenfreizügigkeit neu verhandeln. Aus diesem Grund hat sie die Begrenzungsinitiative eingereicht, denn es herrscht in der Schweiz eine Massenzuwanderung. Diese führt zu steigender Arbeitslosigkeit und gefährdeter Wohlstand, Freiheit und Sicherheit.

Die SVP empfiehlt JA (Unter Vorbehalt der Delegiertenversammlung)

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer

Eltern können bei den Steuern Kinderabzüge beanspruchen. Bei der direkten Bundessteuer können sie für jedes Kind 6500 Franken vom Einkommen abziehen. Wenn beide Elternteile arbeiten und sie ihre Kinder fremdbetreuen lassen, können sie für die Drittbetreuung bis zu 10'100 Franken zusätzlich abziehen. Bundesrat und Parlament wollen den maximalen Abzug für die Drittbetreuung auf 25'000 Franken und den Kinderabzug auf 10'000 Franken pro Kind erhöhen. Gegen diese Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen.

Die SVP empfiehlt JA

Ihre Stimme zählt!

Gehen Sie am 27. September 2020 abstimmen.

Änderung des Jagdgesetzes

Das eidgenössische Jagdgesetz legt fest, welche Wildtiere geschützt sind. Dieses Gesetz stammt von 1986. Damals gab es in der Schweiz keine Wölfe mehr. Inzwischen sind sie zurückgekehrt. Deshalb hat das Parlament neue Regeln aufgestellt. Naturschutzverbände haben gegen die Änderung des Jagdgesetzes das Referendum ergriffen.

Die SVP empfiehlt JA

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes

Bei der Geburt eines Kindes hat die Mutter heute Anrecht auf 14 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Für die Väter gibt es in der Regel höchstens einen oder zwei Tage. Die Vorlage ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie». Diese Initiative verlangte einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub. Mit dem Gegenvorschlag wird eine Regelung für einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vorgelegt.

Die SVP empfiehlt NEIN

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Die Schweiz nutzt ihre Kampfflugzeuge, um ihren Luftraum zu überwachen und zu schützen. Zudem ergänzen sie die Bodentruppen. Bundesrat und Parlament sind der Auffassung, dass es auch in Zukunft Kampfflugzeuge braucht, um die Sicherheit unseres Landes zu wahren. Die bestehenden Kampfflugzeuge sind in die Jahre gekommen und müssen in rund 10 Jahren ausser Betrieb genommen werden. Deshalb müssen bis 2030 neue Kampfflugzeuge beschaffen werden. Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Die SVP empfiehlt JA

Bild des Monats



1. Augustfeier auf der Älggialp

Aufgrund der Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 fanden die Feierlichkeiten für den 1. August in einen anderen Rahmen statt. Beim geografischen Mittelpunkt der Schweiz, der Älggialp, trafen sich Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz, Marco Chiesa, Ständerat des Kantons Tessin, Vizepräsident der SVP Schweiz sowie designierter Parteipräsident sowie Céline Amaudruz, Nationalrätin des Kantons Genéve sowie Vizepräsidentin SVP Schweiz, um der Schweizer Bevölkerung eine würdige Grussbotschaft für den Nationalfeiertag zu geben.



Landwirtschaft in Gefahr

Durch die Weiterentwicklung der Agrarpolitik des Bundesrates ist die Schweizer Landwirtschaft, wie wir sie kennen, in Gefahr. Die SVP fordert die Rückweisung der AP22+ mit dem klaren Auftrag für eine grundlegende Überarbeitung.

Der Bundesrat hat am 12. Februar 2020 die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) verabschiedet. Diese positioniert die Landwirtschaft neu. Für die Schweizer Landwirtschaft soll ein passender Rahmen geschaffen werden, um den Mehrwert ihrer Produkte stärker zur Geltung zu bringen. Die Effizienz der Betriebe soll gestärkt und die Umweltbelastung sowie der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen sollen weiter reduziert werden. Die SVP fordert klar die Rückweisung der AP 22+, denn diese ist vor allem für die produzierende Landwirtschaft inakzeptabel.

SVP steht zu Schweizer Landwirtschaft

Mit der AP22+ und den Abstimmungen über die Trinkwasser- und die Pestizidinitiativen sowie die Beratung über die Massentierhaltungsinitiative steht die Schweizer Landwirtschaft vor grossen Herausforderungen. Würde die AP22+ sowie die Initiativen angenommen, wird die Schweiz in Kürze keine Landwirtschaft mehr haben, wie wir sie kennen. Dann werden nur noch wenige Lebensmittel produziert. Billigimporte aus dem Ausland sind dann die Folge und tausende von Bauernfamilien ihre Höfe aufgeben müssten.

Beim Einsatz von synthetischem Pflanzenschutzmittel sind alle Verursacher in die Pflicht zu nehmen – nicht nur die Landwirtschaft. Die SVP steht zu einer Schweizer Landwirtschaft, die Sorge trägt, auch zum Grundwasser. Unsere Landwirte verfolgen in ihrer täglichen Arbeit das Ziel, das Trinkwasser sauber zu halten und der Bevölkerung mit lokalen Produkten eine gesunde Ernährung anzubieten. Die Landwirtschaft hat einen Verfassungsauftrag und ist für unser Land systemrelevant! Sie versorgt heute 60% der Bevölkerung in der Schweiz und sie produziert dabei immer ökologischer, effizienter und mit weniger Tieren.

Einkommen soll weiter gesenkt werden

Obwohl den Bauern vom Produktpreis wenig bleibt, will der Bundesrat aber mit der AP 22+ das Einkommen der Gesamtwirtschaft noch mehr senken. Gleichzeitig sollen aber die Anforderungen steigen. Wenn es nach den trügerischen Volksinitiativen zum Trinkwasser und für ein Pestizidverbot ginge, hätte die Landwirtschaft 20-40% weniger Erträge, gleichzeitig noch höhere Produktpreise und andererseits mehr Importe, welche den strengen Standards für Schweizer Produkte überhaupt nicht genügen. Die Abstrafung der tierischen Produktion wird seine Spuren hinterlassen. Die neuen Ideen im Pflanzenbau, wie Verzicht auf Pflanzenschutz, werden ebenfalls Ertragsseinbussen im zweistelligen Prozentbereich zur Folge haben. Bei gewissen Kulturen muss in Zukunft mit Totalausfällen gerechnet werden.



*Durch Innovation und
Tatendrang das Schwierige
zu meistern.*



Im September warten gewichtige Entscheidungen auf die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise werden diese Entscheidungen noch wichtiger. Und dies scheint ziemlich sicher, wir müssen weiterhin mit dem Virus und den wirtschaftlichen Schäden leben

Liebe SVP-Familie

Ich bin aber zuversichtlich. Die Schweiz hat es schon immer verstanden, bei Krisen den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern durch Innovation und Tatendrang das Schwierige zu meistern. Gemeinsam können wir es schaffen! Es ist wichtig, gerade in der Krise die richtigen Entscheidungen zu treffen!

Danke für ihren Einsatz für die SVP und ihre Werte - Danke für ihren Einsatz für die Schweiz und den Kanton Luzern. Bleiben Sie gesund.

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch